

Europa wird ein Bundesstaat

Erhard Busek, ehemaliger Vizekanzler von Österreich, sieht in Europa Aufgaben, die nur gemeinsam gelöst werden können – und genügend Gemeinsamkeiten, dass sich Europa weiter zusammenschliessen kann, um diese Aufgaben zu lösen.

Von Richard Brunhart

In Europa werde immer nach gesamthafter Lösungen gesucht, erklärte Erhard Busek gestern am 20. Peter Kaiser-Vortrag des Liechtenstein Instituts. Das sei nicht neu. Das geistige Europa sei bereits in der hellenischen Welt entstanden. Der Gedanke des Gemeinsamen werde seitdem immer wieder ersichtlich. «Daraus entstanden alle Träume von Universalreichen», sagte Busek. Die Griechen hätten auch ein Universalreich des Geistes durch ihre Philosophie geschaffen. Die Römer hätten sich an den Hellenen orientiert und eine eigene Komponente eingebracht: das römische Rechtsdenken – das Imperium, eine Rechtsordnung, die allumfassend gilt. «Der Imperiumsgedanke durchzieht dieses Europa in der gesamten Geschichte», so Busek. Der Nationalgedanke sei erst im 19. Jahrhundert entwickelt worden.

Neue Form der Integration

Ein solch grosser Entwurf ist ursprünglich auch die europäischen Integration. Busek erklärte, geplant gewesen sei eine Gemeinschaft auf politischer, Verteidigungs- und wirtschaftlicher Ebene. «Nur die letzte ist es geworden», sagte Busek. Man habe sich für eine Integration der kleinen Schritte entschieden. Da aber die politische Integration der wirtschaftlichen Integration nicht nachgefolgt sei, sei Europa auf der weltpolitischen Bühne kein Spieler.

Neu am Entstehen dieser grösseren Gemeinschaft sei der Weg, denn durch irgendeine Form von Zwang oder allenfalls durch Kauf seien immer schon grössere Einheiten entstanden: «Es ist ein ungeheurer qualitativer Schritt, quasi die Freiwilligkeit der Entscheidung als Grundlage zu nehmen.» Diese Gemeinschaftsbildung wertet Busek als ein Zeichen dafür, dass Europa



Erhard Busek: «Europa wird noch sehr lange ein Staatenverbund bleiben – ich persönlich glaube, dass ein Bundesstaat herauskommen muss. Anders sind die Europäer gar nicht handlungsfähig.»

Bild Daniel Ospelt

aus der Krise, aus der Geschichte gelernt hat.

Gemeinsamkeiten überwiegen

Busek hielt fest, dass es in Europa «unendlich viele Gemeinsamkeiten» gebe. Einige seien in der Einleitung der Verfassung der Europäischen Union in der Summe der europäischen Erfahrungen zusammengefasst: Das Ergebnis des griechisch-philosophischen Denkens, des römischen Rechtsdenkens, des jüdisch-christlichen Religionsverständnisses, der Aufklärung, der Moderne und so weiter. Die Integration brauche jedoch Zeit. Man müsse die «Geduld des historischen Prozesses» aufbringen.

Es gelte, die Frage zu klären, wie mit Unterschieden umzugehen sei. Bei der Migration – die Europa schon lange präge – sieht Busek aber kaum grössere Probleme.

Krise der Artikulation

Den Ausweg aus der Krise sieht Busek darin, sich politisch zu artikulieren. Man sei näher zusammengerückt und im «Konzert grösserer Einheiten» müsse sich Europa artikulieren. Es gebe verschiedene Aufgaben, die in Europa nur gemeinsam gelöst werden könnten. «Dieses Europa hat bei den Dingen, die entscheidend wichtig

sind, keine Zuständigkeiten», sagte Busek.

Beispielsweise glaube in der Energiefrage noch jeder Staat, dass er die Aufgaben selbst lösen könne. Auch im Bereich Bildung sei eine weitere Annäherung wünschenswert. Das zeigten unter anderem die Studenten aus Deutschland, die in Österreich studierten, weil es dort im Unterschied zu ihrem Heimatland keine Beschränkungen beim Studienzugang nach den Maturanoten gebe. Doch die Krise scheint den ehemaligen Vizekanzler nicht sehr zu beeindrucken: «Die europäische Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg ist eigentlich eine permanente Antwort auf Krisen gewesen», sagte Busek.

Der Bundesstaat kommt

Ein weiterer Pluspunkt für Europa: dem Europäischen Parlament stellt Busek ein gutes Zeugnis aus. Allerdings fehle eine europäische Öffentlichkeit. Es gibt für eine gemeinsame Idee noch einiges zu tun: «Europa hat die Aufgabe, sich selbst zu identifizieren.» Doch diese Aufgabe scheint bewältigbar: Auf eine Frage aus dem Publikum führte Busek aus, dass die Europäische Union noch lange ein Staatenbund bleiben, sich jedoch zu einem Bundesstaat entwickeln werde.